

Vom Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920 und dem Generalstreik in Lindau, Friedrichshafen sowie Konstanz dagegen

Im zeitigen Frühjahr 1920 versuchten monarchistische, militaristische und antidemokratisch orientierte Kräfte mit dem bewaffneten Kapp-Lüttwitz-Putsch am 13. März 1920, teils bereits unter dem Zeichen des Hakenkreuzes, auch die restlichen demokratischen und sozialen Errungenschaften der Novemberrevolution von 1918 zu beseitigen. Diese hatten 1919 u.a. in die „Weimarer Verfassung“ Eingang gefunden hatten. Anlass war die ultimative Aufforderung der Westalliierten an die deutsche Regierung, gemäß dem im Januar 1920 in Kraft getretenen Friedensvertrag umgehend die zahlreichen Freikorps als illegale Militärformationen aufzulösen.¹



Titelseite (Ausschnitt) der damals von Augsburg bis Lindau gelesenen sozialistischen Tageszeitung VOLKSWILLE der USPD vom 15. März 1920 mit dem Aufruf zum Generalstreik gegen die Putschisten. Original in der Staatsbibliothek Augsburg; Repro: Schweizer.

Lindaus Tagblatt meldete am 13. März 1920 hierzu. „Berlin, 13. März, vorm. 12. Uhr. heute früh sind Marine-Brigaden in Berlin eingerückt. Die bisherige Regierung hat nach einer Kundgebung [Bekanntmachung, K.S.] der Reichskanzlei aufgehört zu

sein. Die Staatsgewalt ist auf Generallandwirtschaftsdirektor Kapp als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident übergegangen. Zum militärischen Oberbefehlshaber und Reichswehrminister ist General von Lüttwitz bestimmt. Die bisherige Regierung hat ohne ihre Ämter niederzulegen, Berlin im Auto verlassen. Die Nationalversammlung und die preußische Landesversammlung sind aufgelöst...“. Die Reichsregierung Gustav Bauers (SPD) aus Sozialdemokratischer Partei Deutschlands, SPD, dem katholischen Zentrum und der liberalen Deutschen Demokratischer Partei, DDP, sowie Reichspräsident Friedrich Eberth (SPD) flohen über Dresden nach Stuttgart.

Lindauer Volkszeitung
 Mit der illustr. Unterhaltungsbeilage: „Unter den Linden“
 und der illustr. Frauenbeilage: „Für Heim und Herd“

Die Militärpartei hat die Regierung Ebert, die Berlin im Automobil verlassen hat, gestürzt; die Sozialdemokratie proklamiert den Generalstreik.

Das Urfall im Prozeß Erzberger-Bellierich.

Sonntag, den 14. März 1920

25. Jahrgang

Titelseite (Ausschnitt) der katholischen LINDAUER VOLKSZEITUNG vom 14. März 1920 mit der Meldung zum Kapp-Lüttwitz-Putsch sowie dem ersten Aufruf der SPD zum Generalstreik gegen diesen. Original im Stadtarchiv Lindau; Repro: Schweizer.

Damit war mit dem zweiten offenen Putschversuch antidemokratischer Kräfte im Beamtenapparat, der Unternehmerschaft und im deutschen Offizierskorps eingetreten, wovor die radikale Linke wiederholt gewarnt hatte. Derartige Befürchtungen der Linken gingen auch bereits aus einem Polizeibericht des Bezirksamtes Lindau an die Regierung von bayerisch Schwaben und Neuburg vom 30. Dezember 1919 über die gut besuchte Reutiner Versammlung der Unabhängigen Sozialistischen Partei USPD vom 29. Dezember 1919 hervor.

„Nach Meldung des mit der Überwachung beauftragten Gendarmen nahm die von 160 bis 170 Personen besuchte Versammlung einen ruhigen Verlauf. Der Redner Thomas aus Augsburg erhob die bekannten Anklagen gegen die Regierung, die Nationalversammlung, die Reichswehr, die Einwohnerwehr (dass sie nämlich Werkzeug der Reaktion seien) und dass nur von der Räterepublik und dem Anschluss an Russland Rettung zu erwarten sei. Aufreizung zu Putschen x.x. ist nicht erfolgt. Die Versammlung wurde ohne Zwischenfall um ½ 10 Uhr geschlossen.“²

Bereits am Tag des Kapp-Lüttwitz-Putsches, dem 13. März 1920, riefen die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder, Reichspräsident Eberth sowie der Parteivorstand der SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) zum allgemeinen Streik gegen die Putschisten auf. Am nächsten Tag proklamierten SPD, die

Gewerkschaften des ADGB (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund), die USPD, die KPD (Kommunistische Partei Deutschlands) und die Mitglieder der in Gründung befindlichen Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) den politischen Generalstreik für Deutschland. Ab dem 15. März bildeten darüber hinaus Arbeiter u.a. aus USPD, KPD und SPD zusammen eine Rote Ruhrarmee mit dem Essener Zentralrat an der Spitze, um mit nahezu 100.000 meist leicht bewaffneten Mitgliedern gegen die putschenden Militärs Widerstand zu leisten. Diese Rote Ruhrarmee wandte sich zunehmend nicht nur gegen die putschistischen Reichswehr- und Polizeieinheiten sowie die mit ihnen verbündeten reaktionären Freikorps, sondern begannen punktuell mit der Sozialisierung von Bergbau- und Schwermetallindustrie,



Leicht bewaffnete Arbeiter einer Gefechtsabteilung der Roten Ruhrarmee am Hansaplatz in Dortmund im März 1920. Repro: Sammlung Schweizer.

um das sozialistische Ziel der Novemberrevolution von 1918 nachzuholen und die wirtschaftlich-politische Macht der Kapitalbesitzer zu beenden.

Auch in Lindau wurde der Generalstreik der Arbeiterbewegung gegen die Putschisten erfolgreich durchgeführt. Das Lindauer Tagblatt erschien erst wieder am 23. März, was auch damit zusammenhing, dass sich die Buchdrucker in diesen Tagen für einen besseren Tarifvertrag im Streik befanden. Die drei damaligen Lindauer Arbeiterparteien hatten auf den Putsch sofort u.a. mit Versammlungen reagiert. Da die kommunistische Partei in Bayern schon wieder verboten war, konnten dies gemeinsam legal aber nur SPD und USPD tun. Die entsprechende Genehmigung durch das Bezirksamt vom 16. März 1920 lautete wie folgt: „Auf ihr heute mündlich gestelltes Ansuchen wird der M.S.P. [SPD, K.S.] und U.S.P. Lindau-Reutin die Genehmigung zur Abhaltung einer Mitgliederversammlung zur Besprechung der politischen Lage für Dienstag, den 16. März 1920 abends 8 ½ Uhr im Gasthause zum Hirschen, Reutin, auf Grund nachfolgender von den Herren Eisenhut und Fessler mündlich gegebenen Zusicherung erteilt:

1. außer einem Überwachungsbeamten des Bezirksamtes haben nur Mitglieder der beiden Parteien Zutritt;

2. kommunistische Agitation ist ausgeschlossen;
3. die Polizeistunde wird eingehalten und Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung im Anschluss an die Versammlung werden nicht eintreten.“³

Lindaus Oberbürgermeister Ludwig Siebert hatte als Staatskommissar auf administrativer Ebene kräftig versucht, den politischen Generalstreik gegen die Putschisten in Lindau einzudämmen, so beispielsweise mit folgender öffentlichen Bekanntmachung vom 14. März 1920.

„An die Einwohnerschaft ergeht das Ersuchen, weiterhin Ruhe und Ordnung zu bewahren. Zugleich wird darauf hingewiesen, dass nach Anordnung des Gesamtministeriums des Freistaates Bayern und der von ihm aufgestellten Staatskommissare alle öffentlichen oder geschlossenen Versammlungen unter freiem Himmel und öffentliche Ansprachen unter freiem Himmel, ferner Ansammlungen jeder Art, Umzüge und Demonstrationen auf öffentlichen Straßen und Plätzen verboten, Versammlungen in geschlossenen Räumen aber genehmigungspflichtig sind. Auf dem Vollzug dieser Anordnung muss bestanden werden.“⁴

Hinzu kam chaotisierender Alarmismus einzelner Staatsdienststellen, wie jene als vertraulich und eilig klassifizierte rein spekulative Meldung der Grenzpolizeistelle Lindau vom 19. März 1920 an Bürgermeister Siebert, das Bezirksamt und den dienstältesten Offizier der Lindauer Garnison zwei Tage nach Ende des durch den



Einladung der USPD Lindau zur außerordentlichen Mitgliederversammlung im LINDAUER TAGBLATT vom 11. April 1920. Original im Stadtarchiv Lindau, Repro: Schweizer.

politischen Generalstreik erfolgreich bekämpften Kapp-Lüttwitz-Putsches.

„Hier ist Folgendes bekannt geworden: In Reutin warten die Arbeiter auf den Moment, wo die Reichswehrtruppen aus Lindau entfernt und nach München verlegt werden. Sobald dies geschehen, wird sofort eine allgemeine Plünderung der Lindauer Geschäfte und der in den Nachbargemeinden befindlichen Landhäuser einsetzen. Es sind bereits die Geschäfte und die Landhäuser, die ausgeplündert werden sollen, aufgezeichnet.“⁵

Plünderungen, Mord und Totschlag sowie politischer Putschismus gehörten nicht zur Politik der revolutionären und klassenkämpferischen Arbeiterbewegung. Allerdings wuchs auch hier die Empörung über die wiederholt gewaltsame Niederschlagung von Arbeiteraufständen, über gebrochene Versprechen und die vom Weltkrieg

herrührende immer heftiger sich gebärende Preisinflation. Kostete beispielsweise ein Pfund Kochäpfel Mitte Dezember 1918 noch 75 Pfennige, waren es Mitte Dezember 1920 bereits 1,45 Mark. Der Preis für ein Pfund schwarzes Hausbrot wurde im gleichen Zeitraum von 24 Pfennigen auf 1,20 Mark erhöht und jener für ein Pfund Tafelbutter von 1,39 Mark auf 3,30 Mark.⁶

Für Friedrichshafen skizzierte Elmar L. Kuhn 1986 den Streik gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch u.a. wie folgt: „In Württemberg begnügte man sich mit einem ‚zweitägigen Demonstrationstreik‘ vom 16. bis 17. April, der auch in Friedrichshafen befolgt wurde. Für den am 17. veranstalteten Demonstrationzug erhielt der Gemeinderat Braun als Verantwortlicher vom Oberamt jedoch eine Rüge, da seit November 1919 bis zum Juni 1920 ein allgemeines Demonstrationsverbot bestand: ‚Wenn nun auch der Umzug gegen den reaktionären (!) Gewaltstreich in Berlin gerichtet war und damit einen berechtigten Unwillen der Bevölkerung Ausdruck zu geben bestimmt war, so sind und bleiben doch Demonstrationen verboten und strafbar‘ (Sozialdemokrat 25.3. 1920).

Gewerkschaftskartell Friedrichshafen

Maifest-Programm
für das Jahr 1920

unter Mitwirkung der Stadtkapelle, des Arbeitersängerbundes, Arbeiter-Radfahrerverein „Solidarität“ und des Kraftsportverein Friedrichshafen.

1. **Tagwacht** Vormittags 6–7 Uhr, Musik von der Stadtkapelle.

2. Vormittags 10 Uhr **Zusammenkunft** sämtlicher Vertrauensmänner, Vorstandsmitglieder und des Festkomitees in der Brauerei Krone.

3. **Zusammenkunft** der Arbeiterschaft und Angestellten nebst ihren Angehörigen um 1 Uhr Mittag am Saalbau.

4. **Festzug** Abmarsch 2 Uhr
Festzugsordnung: Nach Gewerkschaften erfolgt die Aufstellung. Das Los hat folgende Reihenfolge entschieden: 1. Radfahrerverein Solidarität, 2. Kinder, 3. Stadtkapelle, 4. Angestellten Verbände, 5. Friseur, 6. Lederarbeiter, 7. Schneider, 8. Bauarbeiter, 9. Verkehrspersonal, 10. Holzarbeiter, 11. Transportarbeiter, 12. Metallarbeiter, 13. Werkmeister, 14. Sotter, 15. Gastwirtsgehilfen, 16. Maler, 17. Kupferschmiede, 18. Sonst. Teilnehmer.
Marschordnung des Festzuges: Saalbau, Olgastraße, Friedrichstraße, Marienbrunnen, Wilhelmstraße, zurückmarschieren Friedrichstraße, Unterführung nach d. Saalbau.

5. **Festversammlung**: Nachmittags 3½ Uhr im Saalbau.

| | |
|--|---|
| 1. Musik. Mit Voll dampf Marsch v. Lahn | 5. Arbeiter-Marschlied. Gemeinschaftlicher Gesang der Festteilnehmer. |
| 2. Chor. Ich warte Dein Ark-Sings. Uthmann | 6. Musik. Nulung der Zünfte. Für die Meister-singer. von Richard Wagner |
| 3. Festrede. Ref. Jakob Braun, Friedrichshafen | 7. Chor. Morgenrot. Ark-Sings. v. Uthmann |
| 4. Musik. Orlna. Ouverture v. Heiser | 8. Musik. Schwanmerliedchen v. Becker |

6. **Abendunterhaltung**. Beginn 7 Uhr im Saalbau.

| | |
|---|--|
| 1. Musik. Perpetuum mobile. Marsch v. Bess | 8. Musik. Mondsicht auf der Aelster. Walzer v. Felix |
| 2. Chor. Steht fest. Arbeitersängerbund Bremer | 9. Chor. Frühling am Rhein. Arbeit. v. Braun |
| 3. Jongleur-Gruppe. Kraftsportverein Friedrichshafen | 10. Musik. Mäde aus dem schwarzen Wald. (Aus der Operette Schwarzwaldmäde) v. Jessel |
| 4. Musik. Künstlerfest. Walzer v. Klein | 11. Chor. Gestörtes Ständchen v. Schaal |
| 5. Chor. Frisch auf mein Volk. v. Kuhn (Arbeitersängerbund) | 12. „Serenade. Arbeitersängerbund v. Mozart |
| 6. Musik. Hoffmanns Erzählungen Barcarola | 13. Musik u. gemeinschaftlicher Gesang Sozialistensmarsch v. Götter |
| 7. Spezialtrika. Vorkämpfer, Kraftsportverein | |

7. **Tanzunterhaltung**. Beginn 10 Uhr **Tanzliebhaber haben 2 Mark zu bezahlen**
Tanzordnung: 1. Polonaise m. Walzer, 2. Walzer, 3. Rheinländer, 4. Française, 5. Schottisch, 6. Walzer, 7. Rheinländer, 8. Française, 9. Walzer, 10. Mazurka, 11. Rheinländer, 12. Quodlibet. Schluß.

Wir ersuchen die Festteilnehmer den Anordnungen der Ordnungsmannschaften und des Festkomitees Folge zu leisten. Berechtigt zu allen festlichen Veranstaltungen sind nur Personen die ein Programm und ein Festabzeichen besitzen. Programm und Festabzeichen pro Person 1 Mark. Ohne Festabzeichen und Programm kein Zutritt.

**Das Programm des
Gewerkschaftskartells
Friedrichshafen des ADGB
für die Feier des 1. Mai
1920. Original im
Kreisarchiv
Bodenseekreis;
Repro: Schweizer.**

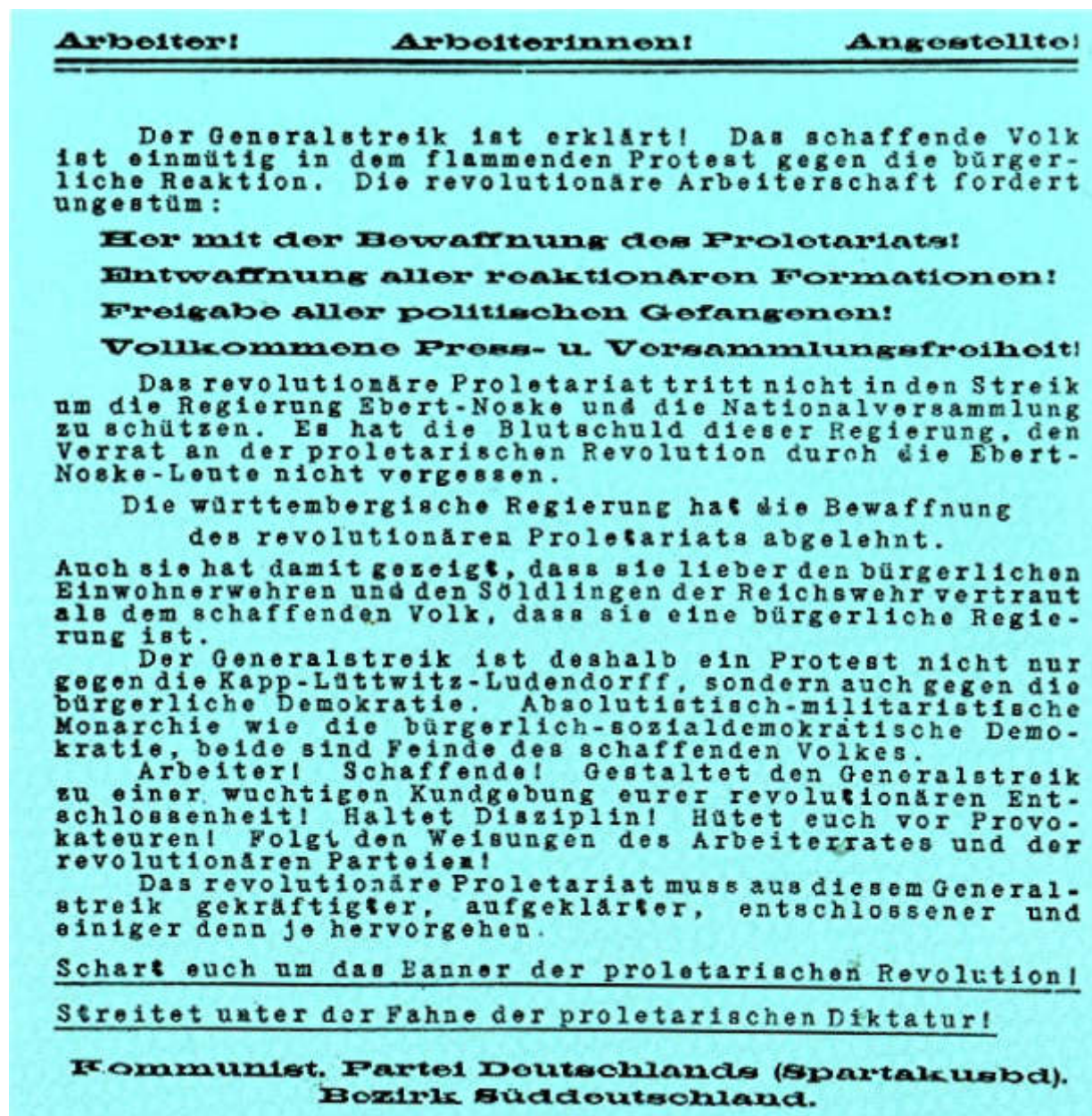
Im ‚Ruhrkampf‘ versuchten die Arbeiter nochmals, ‚Garantien für eine politische Neuordnung‘ zu erreichen, ‚die die Wiederholung eines konterrevolutionären Putsches unmöglich machen würden‘ (Feldmann, Gerald D. u.a.: „Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkriegs (1917–1920)“, in: PVS 13 (1972)¹, S. 102).

Zur Niederschlagung wurden auch aus Württemberg Reichswehrtruppen entsandt, deren Offiziere vorher mit dem Kapp-Putsch sympathisiert hatten.

In der Stadtratssitzung vom 19. März beklagte der Stadtschultheiß: ‚Die unverantwortlichen Schritte der ganz rechtsstehenden Seite haben nun leider auch solche der linksstehenden zur Folge, so dass für das deutsche Vaterland erneut die schwersten Gefahren bestehen‘ (Seeblatt 20.3. 1920). Nach der blutigen Niederschlagung des Ruhrkampfes musste es makaber anmuten, dass das Gewerkschaftskartell in Friedrichshafen die Arbeiter aufforderte, den 1. Mai

zu einer ‚großen Kundgebung zur Verwirklichung des Sozialismus gestalten zu wollen‘ (Seeblatt 30.4. 1920).“⁷

Für Konstanz skizzierte Dieter Schott im Jahre 1989 die Ereignisse rund um den Kapp-Lüttwitz-Putsch sowie den Generalstreik dagegen u.a. wie folgt: „In Konstanz bildete sich einen Tag nach dem Putsch ein ‚Vollzugsausschuss‘, dem je drei Vertreter von Zentrum, DDP, SPD und USPD sowie der Landeskommissär, ein Vertreter des Bezirksamtes und der Oberbürgermeister angehörten. Dieser Vollzugsausschuss übernahm die Verantwortung für die öffentliche Sicherheit und



Flugblatt der Kommunistischen Partei Deutschland (Spartakusbund), Bezirk Süddeutschland, zum Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920. Repro: Sammlung Schweizer.

erließ einen als Plakat und in den Zeitungen verbreiteten Aufruf an die Konstanzer Bevölkerung. Dort wurde festgehalten, dass das ganze badische Volk ungeachtet der Berliner Vorgänge auf dem Boden der Verfassung stehe und mitgeteilt, der Kommandeur des Konstanzer Jägerbataillons führe nur Befehle des ihm vorgesetzten Reichswehrbrigadekommandos Stuttgart aus, das ihn angewiesen

habe, die badische Regierung ‚in ihren Anordnungen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung nachdrücklich zu unterstützen.‘ Abschließend forderte der Vollzugausschuss die ‚Mitbürger‘ auf, ‚Ruhe und Besonnenheit zu bewahren‘ und sich mit Fragen oder Mitteilungen an den Vollzugausschuss zu wenden (Konstanzer Zeitung vom 15.3. 1920).

Es gab also in Konstanz keine (offene) Unterstützung für die Putschisten. Demzufolge scheint es auch im Gefolge des Putsches – im Gegensatz zu anderen badischen Städten- zu keinen nennenswerten Störungen der öffentlichen Ordnung gekommen zu sein. Der von den Landesverbänden der freien und christlichen Gewerkschaften für 16.3. vereinbarte Generalstreik wurde weitgehend befolgt, auch der ‚Badische Beamtenbund‘ schloss sich an. (Da im Anschluss an den Generalstreik vom 17. – 20.3. die Drucker wegen Lohnerhöhung streikten, erschienen vom 16. – 20.3. überhaupt keine Zeitungen in Konstanz, sodass vom Streiktag nur sehr summarisch am 22.3. berichtet wurde).

Der Streiktag verlief, wie die ‚Konstanzer Nachrichten‘ melden, ruhig: die großen Betriebe seien still gelegen, Bei Bahn und Post habe Sonntagsbetrieb geherrscht, allerdings sei in Läden, auch solchen, die nicht der Lebensmittelversorgung dienten, vormittags fast überall gearbeitet worden; die Arbeiterschaft habe dann deren Schließung erzwungen, wobei teilweise ‚sehr scharf vorgegangen‘ worden sei. Die ‚Konstanzer Zeitung‘ erwähnt noch eine, allerdings nur schwach besuchte, Versammlung des Gewerkschaftskartells am Streiktag...“⁸

Nach der erfolgreichen Niederschlagung des Kapp-Lüttwitz-Putschs am 17. März, dem darauffolgenden Ende des deutschlandweiten Generalstreiks sowie der Rückkehr der Reichsregierung nach Berlin am 20. März, setzte diese, seit 27. März 1920 unter Leitung von Hermann Müller (SPD), nun die vorher teilweise putschende Reichswehr zusammen mit Einheiten der Sicherheitspolizei (Sipo) sowie reaktionären Freikorps auch unter Bruch des „Bielefelder Abkommens“ vom 24. März gegen die Rote Ruhrarmee ein. In einem blutigen Feldzug bis 14. Mai wurden nun die Rote Ruhrarmee, die neuen Arbeiterräte sowie die Arbeiterparteien USPD, KPD und die in Gründung befindliche KAPD besiegt und unterdrückt.⁹

Mitglied des konterrevolutionären Freikorps Epp (Brigade Epp, Schützenbrigade Epp), berüchtigt u.a. für das von diesem verübte Massaker in Pelkum bei Hamm am 1. April 1920, war u.a. der damals 18-jährige Lindauer Patriziersohn Wilhelm Seutter von Lötzen.¹⁰

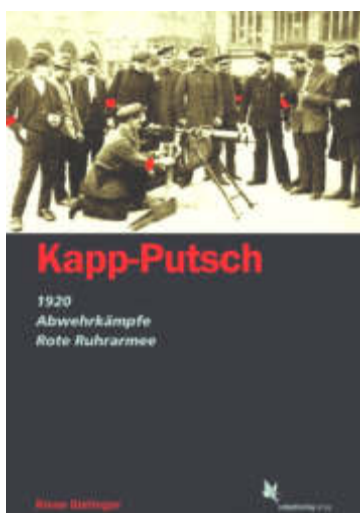


Luftaufnahme der zwei Bahnhofsgebäude Lindau (links das neue, in der Bildmitte das alte) sowie der Hinteren Insel im Jahre 1922. Repro: Sammlung Schweizer.

Der Ton auf Versammlungen auch der USP in Reutin und Lindau wurde kämpferischer, auch wenn die dortigen Aussagen in den amtlichen Spitzelberichten

regelmäßig übertrieben wurden. Dies blitzte auch wieder teilweise in der Wortwahl der Meldung von Bürgermeister Siebert als Vorstand des Lindauer Stadtrates an den Vorstand des Bezirksamtes Lindau vom 28. Juni 1920 auf.

„Hauptmann Strehle der Reichswehr teilt mit, [...] dass am letzten Samstag in Reutin eine Versammlung der U.S.P. stattgefunden hätte, in der es außerordentlich lebhaft zugegangen und nach den üblichen Reden beschlossen worden sei, am kommenden Donnerstag, den 1. Juli eine Demonstration nach Lindau zu veranstalten, um es insbesondere der Reichswehr zu ‚zeigen‘. Ich bitte um geflissentliche Mitteilung, ob dort bezüglich des Umzuges etwas zu ermitteln ist. Ich würde dem Umzug den Eintritt in die Stadt verweigern. Einstweilen habe ich das Verbot solcher Umzüge erneut bekannt gegeben. Um baldige Mitteilung, ob jenseits zur Sache etwas bekannt oder zu ermitteln ist, wird gebeten.“¹¹ Im Lindauer Tagblatt erschien darüber



keine Notiz.

Auch die Stadtspitze Lindaus wurde am 6. Juli 1920 vom Regierungspräsidium in Augsburg zu vorsorglichen Maßnahmen gegen eventuelle weitere Arbeiteraufstände aufgefordert: „Im Falle von Unruhen kann es notwendig werden, für die Staatssicherheit gefährliche Personen sofort bei Ausbruch der Unruhen in Schutzhaft zu nehmen [...] Ich ersuche, binnen 14 Tagen ein Verzeichnis derjenigen Personen vorzulegen, deren sofortige Verhaftung bei Ausbruch von Unruhen notwendig erscheint...“.¹² Daraufhin wandte sich Lindaus 2. Bürgermeister, Kommerzienrat Joh. Meng, an die Staatsanwaltschaft in Kempten mit der Bitte, Namen für eine derartige Verhaftungsliste zu übermitteln.¹³

© Karl Schweizer, www.edition-inseltor-lindau.de; Februar 2020.

Fußnoten/Quellen:

¹ Klaus Gietinger, „November 1918 – Der verpasste Frühling des 20. Jahrhunderts“, Hamburg 2018, S. 194f.

² Bezirksamt Lindau an den Präsidenten der Regierung von Schwaben und Neuburg, Lindau 30.12. 1919, StAA Augsburg, Bezirksamt Lindau Nr. 3635.

³ Bezirksamt Lindau, 16. März 1920, in: Bezirksamt Lindau, Nr. 3635, StAA Augsburg.

⁴ Rechtskundiger 1. Bürgermeister Siebert, Bekanntmachung, Lindau, den 14. März 1920, in: StadtA Lindau, B II-93-8, Bekämpfung staatsgefährlicher Umtriebe, Band 5.

⁵ Grenzpolizeistelle Lindau i.B., Vertraulich!, Lindau, den 19. März 1920, in: StadtA Lindau, B II-93-8, Bekämpfung staatsgefährlicher Umtriebe, Band 5.

⁶ Kriegs- und Inflationspreise wichtiger Lebensmittel und Waren, in: J. Waldmann, Friedens-, Kriegs-Ehren-Chronik 1914-1918, Lindau-Oberreitnau 1935, StadtA Lindau, Kr. Eh. Chr. 32/29.

⁷ Elmar L. Kuhn: „Friedrichshafen in der Weimarer Republik“, Friedrichshafen 1986, S.127f, (unveröffentlichte Arbeit).

⁸ Dieter Schott: „Die Konstanzer Gesellschaft 1918 – 1924“, Konstanz 1989, S. 357ff.

⁹ Ludger Fittkau/Angelika Schlüter, Ruhrkampf 1920 – Die vergessene Revolution, Ein politischer Reiseführer, Essen 1990; Hans J. Reichardt, Kapp-Putsch und Generalstreik März 1920 in Berlin, Berlin 1990.

¹⁰ Wilhelm Seutter von Lötzen, Bayerns Königstreue im Widerstand, Feldafing/OBB., ohne Jahresangabe, Umschlagrückseite; „Seutter`sche-Familien-Chronik“, Abschrift durch Hans Jakob Egg, Schraberg 1997/98, S. 151; Stadtarchiv Lindau, Sign.: As 13/9.

¹¹ Bürgermeister Siebert an den Vorstand des Bezirksamtes Lindau am 28. Juni 1920, in: StadtA Lindau, B II-93-8, Bekämpfung staatsgefährlicher Umtriebe, Band 5.

¹² Der Regierungspräsident von Schwaben und Neuburg, Augsburg, den 6. Juli 1920, StadtA Lindau, B II-93-8.

¹³ Ebenda.